

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 50

Von 09.Dezember bis

15.Dezember 2024

ANFRAGE IM LANDTAG

6 Mio. € für 900 Meter Radweg

Müssen Tiroler Steuerzahler einen „goldenen“ Geh- und Radweg in der Gemeinde Wildschönau spendieren, der von Radfahrern noch dazu nur bergauf zu befahren ist? Das ist Kern einer Anfrage, die die Liste Fritz im kommenden Landtag stellt. In Zeiten leerer Kassen müssten Projekte wie diese umso genauer angeschaut und hinterfragt werden, besonders, wenn die Kostenschätzungen so aus dem Ruder laufen: Statt 3,3 Mio. € soll das 900 Meter lange Stück zwischen Mühlthal und Oberau, wie berichtet, 6 Mio. € kosten, 6660 Euro pro Laufmeter. Die VP/SP-Regierung solle erklären, was schiefgelaufen ist, sagen LA Markus Sint und Bezirkssprecherin Gabi Madersbacher.

Opposition kritisiert doppelte Tourismusabgabe

Innsbruck – Dass das Land auch für reine Durchlaufposten Tourismusabgabe kassiert, stößt sauer auf. Wie berichtet, hatte Hoteliers-Obmann Franz Staggl „Systemfehler“ bei der Tourismusabgabe angeprangert. Zum einen kritisiert er, dass Hotels etwa für Liftkarten, die sie dem Gast im Pauschalangebot als Service anbieten und die für die Hotels nur ein Durchlaufposten sind, Tourismusabgabe zahlen müssen. Und dass das Land für dieselben Liftkarten ja auch bei der Bergbahn die Tourismusabgabe einhebt. Unterm Strich kassiere das Land für einen Umsatz zweimal Tourismusabgabe, kritisiert auch Tou-

rismusexperte Thomas Reizenzahn. Das Land erklärt, für solche Durchlaufposten gebe es keine Ausnahme.

Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint sieht sich in seiner Kritik an der Tourismusabgabe bestätigt. „Die Doppelbesteuerung ist ungerecht, zumal die Hoteliers aus der Weitergabe der Liftkarten keinen Gewinn erzielen“, so Sint. „Die Hoteliers werden Opfer der eigenen Tourismusabgabe.“ Schuld sei „die von ÖVP-Landesrat Mario Gerber mit Zähnen und Klauen verteidigte Systematik, jeden Umsatz zugunsten des Tourismus zu besteuern“. Sint fordert erneut, nicht den Umsatz, sondern den Gewinn

als Basis für die Abgabe heranzuziehen. „Außerdem soll nur besteuert werden, wer wirklich vom Tourismus profitiert.“

Auch Tirols NEOS-Chef Dominik Oberhofer erneuert seine Kritik an der Tourismusabgabe. „Ich wurde die letzten Jahre nicht müde, in sämtlichen Gremien darauf hinzuweisen, dass diese Doppelzahlung gängige Praxis ist“, so Oberhofer. „Die Vermieter werden übermäßig belastet, und das war den ÖVP-Funktionären bis jetzt ziemlich egal.“ Die Landesregierung müsse diese Abgabe endlich abschaffen und die Tourismuswerbung aus dem Landesbudget finanzieren. (mas)

Streit um Erhöhung der Polit-Gehälter

Der Bund nimmt keine Anhebung vor, in Tirol wird heftig darüber diskutiert. Einzig die NEOS lehnen Anpassung der Politikerbezüge klar ab.

Innsbruck – Für Bundespolitiker wird im kommenden Jahr auf die mögliche Erhöhung ihrer Bezüge um 4,6 Prozent verzichtet. Das hat der Nationalrat gestern beschlossen. Die Gehälter sind in der so genannten Bezügepyramide geregelt – mit Obergrenzen für Bundes- und Landespolitiker. Tirol schöpft sie bei Weitem nicht aus, aber jedes Jahr gibt es eine Diskussion darüber, ob die Gehälter erhöht werden sollen oder nicht.

Aktuell verdient der Tiroler Landeshauptmann 19.494 Euro brutto im Monat, ein Landtagsabgeordneter 7581 Euro. Für den Landeschef würde die Anhebung rund 896 Euro ausmachen, für einen einfachen Mandatar 349 Euro. Am Montag wollen die sechs im Landtag vertretenen Parteien beraten. Einzig die NEOS sind im Vorfeld für ein Einfrieren der Gehälter, die Liste Fritz spricht sich hingegen für eine Anpassung aus. Die Grünen und die

FPÖ sehen die schwarz-rote Landeskoalition in der Pflicht, lassen aber durchblicken, dass sie sich nicht gegen eine Erhöhung stemmen würden.

ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf und seine SPÖ-Kollegin Elisabeth Fleischanderl hoffen auf eine All-Parteien-Einigung. Zugleich fordern sie für die Zukunft eine bundeseinheitliche Vorgangsweise. FPÖ-Chef Markus Abwerzger bezeichnet die jährlich wiederkehrende Diskussion als entbehrlich, weil sie der Politik schadet. Und: „Das ständige nach unten Nivellieren des eigenen Standes ist nicht zielführend. Prinzipiell braucht es einheitliche Regelungen.“ Für den grünen Klubchef Gebi Mair ist durch ständige Änderungen der Beschlüsse „die Transparenz durch Vorgaben des unabhängigen Rechnungshofs völlig verloren gegangen“. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 4, 11



Der seit Jahren geplante Neubau des MCI in Innsbruck bleibt eine große politische Baustelle.

Foto: Böhm

MCI-Neubau bleibt eine Wundertüte

Die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise könnte nächste Woche fallen. Debatten über Kosten.

Innsbruck – Dass für den heftig diskutierten Neubau der Unternehmerischen Hochschule MCI in Innsbruck im nächstjährigen Landesbudget keine finanzielle Vorsorge getroffen wird, wundert den Klubchef der Liste Fritz Markus Sint. Was die Kosten betrifft, sind für ihn die vom Land im Vorjahr genannten 250 Millionen Euro die einzig relevante Zahl. „Aber es benötigt endlich eine Entscheidung“, sagt Sint. Er nimmt vor allem Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) in die Pflicht.

Aus dem Büro des Landeshauptmanns heißt es dazu, dass große Infrastruktur- und Bauprojekte generell über mehrere Jahre budgetrelevant seien. Je nach Bauzeitplan würde man jeweils die nötigen Teilbeträge vorsehen. Mehrjährige Bauprojekte werden teil- bzw. schlussabgerechnet. „Für einen etwaigen MCI-Neubau waren im Landesbudget nie konkrete Mittel vorgesehen. Es wurde vor der Pandemie eine Rücklage gebildet, welche jedoch für die Abdeckung der enormen Kosten

während der Krise von der Vorgängerregierung aufgelöst wurde. Davon abgesehen stünden von den allgemeinen Planungsmitteln noch drei Millionen Euro für allfällige Planungsleistungen zur Verfügung.

Gutachten über BIG-Variante

Ob am aktuellen Projekt und dem Totalunternehmer Porr-Ortner festgehalten, der Neubau der Bundesimmobilien-gesellschaft BIG übertragen oder gar vom Land gestoppt wird, könnte sich vielleicht nächste Woche entscheiden. Das Land wartet noch auf ein Rechtsgutachten, ob eine Übertragung an die BIG ohne Ausschreibung möglich ist oder nicht. Bis Mittwoch fällt der Neubau noch in die politische Verantwortung des scheidenden Hochbaureferenten und Landeshauptmannstellvertreters Georg Dornauer (SPÖ).

Einmal mehr wird intensiv über die Kosten diskutiert. Bei einer Fertigstellung bis Juli 2027 hat das Land im November des Vorjahres die Errichtungskosten inklusive einer möglichen Planungs-

unschärfe mit 250 Millionen Euro beziffert. Dazu kommt noch die Sanierung des Bestandsgebäudes, die rund 20 Millionen Euro kosten würde. Der Zeitplan Juli 2027 ist allerdings nicht mehr zu halten. Sollte alles glattgehen, dürfte das neue MCI bestenfalls Mitte 2029 bezugsfertig sein. Zuletzt hatte Porr-Chef Karl-Heinz Strauss jedoch von 185 Millionen Euro gesprochen. Dieses Angebot vom Frühjahr hatte sich allerdings auf einen Projektstart noch im Juni 2024 mit einer Fertigstellung bis Anfang Oktober 2027 und einen Verzicht auf die Indexierung bis 2027 bezogen. Nicht enthalten sind darin alle anderen Kosten wie Einrichtung, Erschließungsgebühren etc. Schlussendlich käme man auf rund 226 Millionen Euro.

Ob Porr-Ortner auch auf die Indizierung der Baukosten in den Jahren 2028 und 2029 verzichten würde, ist indes unklar. Ein entsprechendes Offert liegt nicht vor. Rund um das MCI bleibt es spannend, auch angesichts der angespannten Budgetsituation im Land. (pn)

Jedes Jahr Streit um die Politiker-Bezüge

Die vom Rechnungshof vorgegebenen Anpassungen sorgen stets für Debatten. Einheitliche Regelung gefordert.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Bereits im Vorjahr gab es ein monatelanges Hin und Her über die Erhöhung der Tiroler Politiker-Gehälter. Schlussendlich wurde die vom Bundesrechnungshof vorgeschlagene Valorisierung um 9,7 Prozent angenommen. Heuer ist eine Erhöhung um 4,6 Prozent für die acht Regierungsglieder und 36 Landtagsabgeordneten möglich. Abgestuft: vom Landeshauptmann abwärts.

Im Bund wurde am Mittwoch eine Nulllohnrunde beschlossen, in den Ländern gibt es eine unterschiedliche Herangehensweise. Am Montag wollen die Klubobfrauen und -männer darüber beraten. Klar positioniert haben sich bereits die NEOS und die Liste Fritz. Die Pinken fordern ein Einfrieren der Gehälter auch für die Landespolitik. „Es geht hier nicht um Populismus, sondern darum, dass wir als PolitikerInnen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Verantwortung übernehmen und unseren Beitrag leisten“, erklärt Klubchefin Birgit Obermüller.

Anders Klubobmann Markus Sint von der Liste Fritz. Er verteidigt die Valorisierung und schämt sich nicht für sein Gehalt. „In Tirol werden die Obergrenzen ohnehin bei Weitem nicht ausgeschöpft.“ Die hauptamtlichen Klubchefs im Tiroler Landtag liegen um 44 Prozent unter dem möglichen monatlichen Bezug.

Mit Ausnahme der NEOS hätten weder die Liste Fritz noch ÖVP, SPÖ, FPÖ oder Grüne ein Problem mit einer Anpassung. „Durch ständige Änderungen der Beschlüsse je nach politischer Tageslage ist die Transparenz durch Vorgaben des unabhängigen Rechnungshofs völlig verloren gegangen. Die meisten Menschen sind nicht mit dem Einkommen, sondern vor allem mit der Leistung von Politikern unzufrieden“, betont der grüne Klubobmann Gebi Mair.



Foto: Rita Falk

„Ich hoffe, dass wir uns am Montag einigen können. Es benötigt künftig aber eine bundesweite Regelung.“

Jakob Wolf/ÖVP (Klubobmann)

So wie die schwarz-rote Landesregierung die Opposition bei keinem einzigen Beschluss einbinde, solle sie auch diese Frage allein entscheiden.

Ähnlich argumentiert FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger. Grundsätzlich sind für ihn ÖVP und SPÖ am Zug – aber: „Die jährlich wie-

derkehrende Diskussion ist entbehrlich und schadet der Politik.“ Daran sei die Politik selbst schuld. Gleichzeitig kritisiert Abwerzger das ständige nach „unten Nivellieren des eigenen Standes“. Prinzipiell benötige es einheitliche Regelungen. „Es kann nicht sein, dass man sich von der ursprünglichen gesetzlichen Intention bereits derart weit entfernt hat. Warum verdient ein Abgeordneter in Salzburg weniger als in Niederösterreich? Auch in Tirol sind wir weit unter dem möglichen Niveau.“

Einheitlich ist ebenfalls das Stichwort für ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf. „Ich hoffe, dass wir uns am Montag einigen können.“ In Zukunft wäre jedoch eine klare Regelung für Bund und Länder notwendig. „Hier besteht Handlungsbedarf.“ Ähnlich argumentiert seine Koalitionskollegin Elisabeth Fleischanderl (SPÖ). „Ein Hickhack über Politikergehälter ist nicht zielführend.“

Aktuelle Politikergehälter in Tirol

Landeshauptmann 19.494 Euro/brutto

180 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 200 Prozent

Landeshauptmannstellvertreter 18.411 Euro

170 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 190 Prozent

Mitglied der Landesregierung 17.328 Euro

160 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 180 Prozent

Landtagspräsidentin 12.996 Euro

120 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 150 Prozent

Landtagsvizepräsidentin 9.530 Euro

88 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 100 Prozent

Hauptamtlicher Klubobmann 10.397 Euro

96 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 140 Prozent

Landtagsabgeordneter 7581 Euro

70 Prozent vom Ausgangsbetrag, möglich wären 80 Prozent

Politik in Kürze

Budget-Tadel und Debatte über Nachtfahrverbot

Kommende Woche wird die schwarz-rote Landeskoalition das Landesbudget für 2025 beschließen. Die Opposition ist naturgemäß dagegen, handelt es sich doch um die in Zahlen gegossene Politik. Und die stößt der Liste Fritz und den Grünen sauer auf. Das Land kalkuliert schließlich mit einem Abgang von 148 Millionen Euro, der Schuldenstand steigt auf 1,323 Milliarden Euro.

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint kritisiert die „Selbstbeweihräucherung“ von Schwarz-Rot, sein grüner Klubchef-Kollege Gebi

Mair die mangelnde Zukunftsorientierung sowie Ideenlosigkeit.

Sint nannte das Landesbudget „mutlos, ideenlos, kraft- und saftlos“ und damit lediglich ein „Verwalterbudget“. Im Budget fehlten jedenfalls „Strukturreformen und Leuchtturmprojekte“, strich er heraus. Besonders Augenmerk legt die Liste Fritz ihrerseits auf den Bereich Pflege und Gratis-Öffis. „Wir wollen die Mitarbeiter in den Pflegeberufen halten und neue gewinnen. Auch die pflegenden Angehörigen gehören entlastet!“ Die Liste Fritz verfolgt weiterhin



Blumen gibt es für das schwarz-rote Landesbudget keine, lediglich skeptische Blicke von Gebi Mair (l.) und Markus Sint.

Foto: Rita Falk

das Ziel, Öffis in Tirol gratis anzubieten.

Nicht gelten lässt Sint, dass die Einnahmen zurückgehen würden. „Alleine die Abga-

benetragsanteile des Bundes sind um 67 Millionen Euro gestiegen. Zusätzlich kommen aus dem Zukunftsfonds des Bundes 96 Millionen Eu-

ro frisches Geld. Und auch bei den Dividenden der Landesunternehmen holen sich die Regierung 73 Millionen Euro mehr als 2023.“ Trotz frischem und zusätzlichem Geld sei die Landesregierung nicht imstande, wichtige Schwerpunkte zu setzen.

Gebi Mair rügt Versäumnisse in der Naturschutzpolitik sowie in der Wohnhaus-sanierung. „Das Budget für die Sanierung müsste um 35 Mio. Euro aufgestockt werden, das würde auch die Bauwirtschaft ankurbeln.“

Einmal mehr fordern die **Wirtschaftskammern**

entlang der Brennrouten (Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Wirtschaftskammer Tirol, Handelskammern von Bozen und Trient) wegen der anstehenden Sanierung der Luegbrücke eine Lockerung des Lkw-Nachtfahrverbots. Eine denkbare Option wäre für die WirtschaftvertreterInnen, kritische Tage bzw. Nächte im Vorhinein zu definieren, an denen der Schwerverkehr die Erlaubnis zur Durchfahrt bekommt. Alternativ wird eine Verschiebung der Beginn- bzw. Endzeiten des Verbots angeregt. (pn)

„Schuldenkaiser unter sich“

Mit 1,3 Milliarden Euro geht das Land in die Miesen, sechsmal mehr als 2019. In Innsbruck schaut es nicht viel besser aus: Hier gönnt sich der Gemeinderat heute eine Finanzspritze.



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

Idiosyllabisch, saft- und kraftlos sei das Landesbudget, ein Verwalter-Budget, das die alte „Weiter so!“-Politik festschreibt und das alle Schwerpunkte und Struktur-reformen vermissen lässt – und Leuchtturmprojekte so-wieso: Die Opposition geht mit der Budgetpolitik der Regierung auch deshalb so hart ins Gericht, weil sie „null Komma Josef“ in die Erstellung des Zahlenwerks eingebunden ist. „Wir bekommen das fertige Buch auf den Tisch und können in einer dreistündigen Sitzung mit der Finanzabteilung Fragen stellen. Das war es“, schildert **Fritz-LA Markus Sint** den politischen Alltag der Opposition. Änderungswünsche im Vorfeld in Form von Anträgen würden beinahe ignoriert.

„Die Regierung betreibt beim Budget 2025 Realitäts-verweigerung. Ohne links und rechts zu schauen, was die Menschen im Land wirklich brauchen, wird hier Politik gemacht“, urteilten gestern **LA Gebi Mair**, **LA Petra Wohlfahrtstätter** und **LA Zeliha Arslan**. Die Grünen würden das Budget umschichten und in Summe 131 Mio. € mehr ausgeben. „Man darf als Land Kredite aufnehmen, wenn damit sinnvolle Investitionen getätigt werden“, erläutert dazu Klubchef Mair. Anders sei



Heute startet in Innsbruck der Budget-Gemeinderat. Der Tiroler Landtag tritt nächste Woche zusammen.

es, wenn das Geld irgendwo im System verschwindet. Genau das vermutet **LA Sint**: „Das Land hat heuer so viel Geld zur Verfügung wie noch nie. Gleichzeitig hat sich der Schuldenstand seit 2019 auf 1,3 Milliarden Euro versechsfacht. Nicht alles ist auf Corona und Teuerung abzuschreiben. Wo ist denn all das Steuergeld hin? Den Tirolerinnen und Tirolern geht es jedenfalls definitiv nicht besser als 2019. Die Schuldenkaiser sitzen auf der Regierungsbank“, erläuterte Sint.

Interessant ist auch, dass die größten Brocken Fernpasspaket und MCI mit jeweils nur 100 Euro im Budget verewigt sind. „Als so eine Art Gedächtnisstütze, dass es das auch noch gibt“, erläuterte Mair. Im Büro **LH Mattle** ist dazu zu erfahren, dass höhere Beträge dafür im Budget die Darlehensaufnahme nur noch weiter nach oben treiben würden, was beim derzeitigen Projektstand keinen Sinn mache. Aktuell wird ja

durch ein Gutachten geprüft, ob das MCI durch die Bundesimmobiliengesellschaft **BIG** errichtet werden kann. Bereits jetzt beträgt die jährliche Zinsbelastung rund 38 Mio. € Euro. **LA Sint** kritisierte erneut, dass 126 Mio. € in 308 nichtssagenden Budgetzeilen wie „Sonstige Zuwendungen/Sonstiges“ untergebracht wurden. „Das ist kein Betriebsunfall, sondern pure Absicht. Die Regierungsmitglieder legen sich hier Steuergeldpolster an, aus denen sie unterjährig in Fürstenmanier Geld verteilen“, kritisiert Sint.

Auch die Freiheitlichen begannen gestern, das Landesbudget zu zerpflücken: „Eines vorweg, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe vorgesehenen 107 Mio. Euro sind ein Schritt in die richtige Richtung und angesichts der immensen Herausforderungen in diesem Bereich dringend notwendig“, stellt Landesparteiobmann **Markus Abwerzger** fest. „Neuerlich knapp

80 Mio. Euro für die Mindestsicherung sind allerdings kein Ruhmesblatt für die Schwarz-Rote Landesregierung, sondern ein Offenbarungseid für die gescheiterten arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen im Hauptbezieherkreis der arbeitsfähigen Asylberechtigten in Tirol.“

Wie auch im Landtag nächste Woche ist der Budgetbeschluss im Innsbrucker Gemeinderat heute (oder morgen) nur noch Formsache. Alle Investitionen in Höhe von 58 Mio. Euro werden über Darlehen finanziert, gleichzeitig ist die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit knapp 12 Mio. € im Minus.

Unter dem Strich steigt der Schuldenstand von derzeit 171 auf bis zu 223 Mio. Euro. Dass die Schere noch weiter aufgeht, ist möglich: Denn die Stadtregierung lässt sich von Stadtgesellschaften Dividenden auszahlen, die von der Höhe her optimistisch bemessen sind.

Aufschrei der Kultur blieb folgenlos

Vor einem Jahr protestierte die freie Kulturszene gegen die Förderungspolitik des Landes. Mehr Geld für die Freischaffenden gibt es aber auch 2025 nicht. Landeseigene Betriebe verzeichnen dagegen Zuwächse.

Von Markus Schramek

Innsbruck – Ausgedrückt ist das Tiroler Landesbudget für 2025 eine richtig dicke Schwarte. Fans ellenlanger Tabellen kommen bei der Durchsicht auf ihre Kosten. Wer aber nach Details sucht, um herauszufinden, wofür das Land wie viel Geld auszugeben gedenkt, kann in dem Zahlenschungel leicht verloren gehen. Selbst ein erfahrener Abgeordneter wie Markus Sint, der Klubobmann der Liste Fritz, hat seine liebe Mühe. „Das Budget des Landes ist alles andere als transparent“, kritisiert er. „Das ist wohl absichtlich so.“

Mehr als 300 Budgetzeilen tragen nach den buchhalterischen Recherchen Sints den nichtssagenden Verwendungszweck „Sonstige“ oder „Zuwendungen an privatwirtschaftliche gemeinnützige Einrichtungen“. Wohin das (Steuer-)Geld konkret fließen soll, ist aus diesen Angaben nicht ersichtlich.

Mehr gibt es für die Großen

Sint hat sich auf die Suche nach geplanten Ausgaben für den Kulturbereich gemacht. Dazu musste er das gesamte Budget durchforsten. Das Fazit des Oppositionspolitikers fällt nüchtern aus: „Ich sehe eine massive Ungerechtigkeit darin, dass große Kul-



LH Anton Mattle (hier bei der Festwocheneröffnung) wird von der freien Kulturszene für sein Budget nur wenig Applaus erhalten.

Foto: Rita Falk

turtanker wie das Landestheater und die Landesmuseen alljährlich höhere Zuschüsse erhalten, um gestiegene Personalkosten abzudecken. Die Budgetmittel für die freie Kul-

turszene stagnieren dagegen. Auch die freie Szene hatte und hat mit gestiegenen Kosten zu kämpfen.“

Eine Anfrage der *TT* bei Landeshauptmann Anton

Mattle (ÖVP), in der Regierung für die Finanzen und die Kultur verantwortlich, erbringt folgendes Ergebnis: Für die Förderung der freien Kultur seien kommendes Jahr 18,75 Millionen Euro eingeplant. Das ist in etwa gleich viel wie heuer und jedenfalls keine Erhöhung. In den 18,75 Millionen sind überdies auch jene 2,25 Millionen enthalten, die Mattle den Tiroler Festspielen Erl zuschießt.

ORF-Aufschlag für die Kultur

Das Gros der verfügbaren Kulturförderung, rund 10,6 Millionen von den genannten 18,75, stammt aus der Kultur-

förderungsabgabe. Hinter diesem Begriff verbergen sich jene monatlich 3,10 Euro, die das Land auf die Haushaltsabgabe des ORF draufschlägt. „Ohne die Kulturförderungsabgabe würde es für die freie Szene in Tirol fast überhaupt keine Fördermittel geben“, warnt Sint. Die Beibehaltung der nicht unumstrittenen Landesabgabe – fünf Bundesländer verzichten darauf – sei aus seiner Sicht daher „immens wichtig“.

Vor einem Jahr hatte die freie Tiroler Kunst- und Kulturszene in einem offenen Brief an LH Mattle ihrem Ärger Luft verschafft. 22

KulturbeiratInnen, die den Landeshauptmann fachlich unterstützen sollen, prangerten eine Zweiklassengesellschaft in der Tiroler Kultur an: Landeseigene Betriebe wie das Landestheater und die Museen würden erhöhte Betriebszuschüsse erhalten, um Teuerung und Inflation abzufangen. Bei den Förderungen der freien Szene fehle eine solche Anpassung. Die – stagnierenden – Förderungen würden daher Jahr für Jahr real an Wert verlieren.

Dieser Aufschrei war bemerkenswert, Mattle lud zum Gespräch. Geändert hat sich aber nichts. Die Finanzen der FördererInnen sind weiter angespannt.

„Das Budget des Landes ist alles andere als transparent. Das ist wohl absichtlich so.“

Markus Sint (Klubobmann der Liste Fritz im Landtag)

Julia Mumelter vom Kulturlabor Stromboli in Hall hat „halt gespart, wo es geht“. Das Programm musste gekürzt werden: „Es ist ein Weiterwursteln, manchmal stelle ich mir schon die Frage, wie lange das noch so gehen kann.“ Reserven gebe es keine. Mumelter hat in Hall zusätzlich damit zu kämpfen, dass die Stadt ihre Förderung um 50 Prozent gekürzt hat.

Immerhin keine Kürzung

„Die Rahmenbedingungen der freien Szene ändern sich 2025 nicht wesentlich“, lässt Regierungschef Anton Mattle der *TT* über sein Büro mitteilen. Und: „Laufende Jahresförderungen werden nicht gekürzt.“ Immerhin. Mehr ist aber offenbar auch nicht drin für die freie Tiroler Kultur.

Geplante Ausgaben des Landes 2025 für die Kultur (Auswahl)

Tiroler Landestheater und Orchester GmbH: 19,7 Millionen Euro Betriebszuschuss (2024: 18 Mio., 2023: 15 Mio.).

Innsbrucker Festwochen der Alten Musik: 1,45 Millionen Euro (2024: 1,44 Millionen, 2023: 1,19 Millionen).

Tiroler Landesmuseen: 15 Mio. Euro Betriebszuschuss (2024: 14 Millionen, 2023: 13 Millionen).

Für den Umbau des Landesmuseums Ferdinandeum sind 2025 zusätzlich 4,5 Mio. budgetiert (2024: 5 Mio.). Die Gesamtkosten des Großprojekts

wurden zuletzt mit 59 Mio. Euro veranschlagt. Geplante Wiedereröffnung ist im Frühjahr 2027.

Verfügbare Fördermittel für die freie Kulturszene: 18,75 Mio. Euro, davon 2,25 Mio. für die **Festspiele Erl** (2024 in etwa derselbe Gesamtbetrag).



Abends und mittags Gratis-Parken spielt es in der Innsbrucker Innenstadt auch in Zukunft nicht – einem entsprechenden Vorstoß stimmte nur die FPÖ als Antragstellerin zu. Reini Happ (M.), im Bild mit (v. l.) Georg Willi, Andrea Dengg, Andrea Haselwanter-Schneider und Johannes Anzengruber, freute sich über Unterstützung für seine Weihnachtsgeschenkaktion. Fotos: Domanig, Falk/TT

FPÖ blitzte beim Parken ab

Lockerung der Parkraumbewirtschaftung in Innsbruck fand keine Mehrheit. Auch der Vorstoß, städtische Gebühren „einzufrieren“, scheiterte vor der heutigen Budgetsitzung.

Innsbruck – Vor der gestrigen Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates stand eine fraktionsübergreifende Geste der Solidarität: VertreterInnen von Grünen, JA, TURSKY, Liste Fritz und FPÖ beteiligten sich mit **Weihnachtspaketen** an einer Sachspendenaktion von Reini Happ, Obmann des gleichnamigen Benefizvereins und FPÖ-Gemeinderat. Die Packerln werden bei einer Weihnachtsfeier in der Katharina-Stube an wohnungslose und in Not geratene Menschen überreicht.

Beim heutigen Budgetgemeinderat werden sich Koalition und Opposition hingegen nichts schenken. Einen Vorgeschmack gab es gestern: Die FPÖ stellte den Antrag, 2025 die **städtischen Abgaben, Steuern, Gebühren und Entgelte** pauschal auf dem Niveau von 2024 einzufrieren, also nicht zu erhöhen. Dafür gab es keine Mehrheit, neben den Freiheitlichen stimmte nur die Liste Fritz dafür (bei Enthaltung von TURSKY und ALi). Trotz der Gebührenerhöhungen steige der Schuldenstand

wegen „Prestigeprojekten“ der Stadtregierung wie dem Bozner Platz, kritisierte FPÖ-Klubobfrau Andrea Dengg. Zugleich seien höhere Gebühren „Betriebskostentreiber“ für die BürgerInnen.

Tom Mayer (Liste Fritz) kritisierte die im Vergleich mit anderen Landeshauptstädten

besonders hohe Hundesteuer in Innsbruck (künftig 130 Euro pro Jahr) und deren fehlende Zweckwidmung.

BM Johannes Anzengruber (JA) betonte, dass eine Anpassung der Gebühren „mit Maß und Ziel“ nötig sei, um die hochwertigen Leistungen der Stadt in der Daseinsvorsorge trotz Mehrkosten und Lohnerhöhungen aufrechterhalten zu können. Bei den meisten Gebühren erfolge nur eine Indexanpassung (ca. 5 %), erklärten Vertreter der Dreierkoalition, beim Mittagstisch für Kinder bleibe die Erhöhung z. B. sogar unter der Inflation. Nur bei den Müllgebühren gebe es eine Erhöhung um 10 %, so Anzengruber, der zugleich auf Services wie die Gratis-Abholung von Sperrmüll zweimal jährlich verwies. Und: „Wenn wir die Gebühren einfrieren, steigt die städtische Schuldenlast weiter“, gab Benjamin Plach (SPÖ) zu bedenken.

Mit ihrer Forderung nach einer „bürger- und wirtschaftsfreundlichen“ **Reform der Parkraumbewirtschaftung** blitzte die FPÖ gestern

ebenfalls ab. Der von Rudi Federspiel vorgebrachte Antrag sah, wie berichtet, u. a. eine Abschaffung der Gebührenpflicht nach 19 Uhr und zu Mittag, eine Verlängerung der maximalen Parkdauer in Kurzparkzonen auf 180 Minuten sowie eine Halbierung der Parkgebühren auf 50 Cent pro halber Stunde vor. Ziel sei, die Frequenz in der Stadt zu erhöhen, so Federspiel.

Mit diesem Vorstoß blieb die FPÖ jedoch allein auf wei-

ter Flur. Die Vorschläge würden die Probleme insgesamt nur verschärfen, bilanzierte Mobilitätsstadträtin Janine Bex (Grüne): Würde etwa die Gebührenpflicht schon um 19 Uhr enden (derzeit gilt sie in der Innenstadt bis 21 Uhr), würde der abendliche „Parkdruck“ für AnrainerInnen steigen, ist sie überzeugt. Gerade auch in der Mittagszeit brauche es eine erhöhte „Fluktuation“ bei den Parkplätzen (Stichwort: Einkäufe, Restaurantbesuche). Auf Parkgebühren zu verzichten, würde diese Frequenz verringern – ebenso wie eine Verlängerung der Parkdauer auf drei Stunden, argumentierte Bex. Eine Reduktion auf 50 Cent wiederum hätte „enorme Auswirkungen auf den städtischen Haushalt“ – etwa auch auf Investitionen in den Öffi-Ausbau.

Ähnlich kritisch äußerte sich JA-Klubobfrau Julia Payr: Durch die FPÖ-Vorschläge würde die „Gefahr von Dauerparkern“ steigen, die Parkplatzsuche erschwert und „das Ziel einer lebendigen Stadt langfristig gefährdet“. (md)

„Nichts Feigeres, als Gewalt gegen Frauen“

Geschlossen stellt sich der Innsbrucker Gemeinderat vor Schutz der weiblichen Bevölkerung. Doch folgen Worten auch Taten?

Es gibt nichts Feigeres, als gegen Frauen und Mädchen Gewalt anzuwenden“, sagte Reini Happ (FPÖ) in der gestrigen Innsbrucker Gemeinderatssitzung, man müsse alles gegen Gewalt an Frauen tun. Die Aktuelle Stunde fand unter dem von der SPÖ ausgewählten Thema „365 Tage gegen Gewalt an Frauen“ statt. Schockierende Zahlen lieferte Daniela Hackl (SPÖ): Alle 13 Tage verliert eine Frau in Österreich ihr Leben durch geschlechtsbasierte Gewalt, 41 Mordversuche gab es dieses Jahr, 15.115 Betretungs- und Annäherungsverbote wurden im vorangegangenen Jahr von der Polizei verhängt. Fraktionsübergreifend war man sich einig,

”

Es ist traurig, dass wir Einrichtungen brauchen – und zwar immer mehr, weil die Gewalt gegen Frauen leider zunimmt.

GR Reini Happ (FPÖ)

dass die Gewalt gegen Frauen verhindert werden muss: Es brauche leistbares Wohnen, Täterarbeit, Präventionsarbeit, Sozialarbeit in Schulen und Zivilcourage. Ein besonderer Fokus wurde in der Debatte auf die Frage gelegt, was Männer konkret tun können. Hinhören und hinschauen, erwähnte etwa Happ. Ebenso GR Dominik Pittracher (SPÖ): „Wir müssen einschreiten und

helfen.“ Er zeigte sich zwar erfreut, doch auch kritisch gegenüber der Einhelligkeit im Gemeinderat und nannte Beispiele, bei denen die FPÖ gegen Subvention für Sozialvereine, die von Gewalt betroffene Frauen unterstützen, gestimmt bzw. sich enthalten hat.

Als es später in der Tagesordnung dann um die Subvention vom Verein „Frauen aus allen Ländern“ ging, lud Pittracher die FPÖ erneut ein, mitzustimmen. Auch Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) meinte, wenn die FPÖ dagegen stimme, „dann könnt ihr euch die salbungsvollen Worte in der Aktuellen Stunde sparen.“ Die Subvention wurde beschlossen – gegen die Stimmen der FPÖ. nais

Nur Koalition trug Budget mit

Während Innsbrucks Dreierkoalition die „wirtschaftlichen Impulse“ im ersten Budget von Johannes Anzengruber hervorstrich, setzte es von der Opposition teils heftigste Kritik.

Innsbruck – Es ist rund 800 Seiten dick und über zwei Kilo schwer: Das Debüt-Budget von BM Johannes Anzengruber (JA – Jetzt Innsbruck) wurde gestern mit den 22 Stimmen der Dreierkoalition aus JA, Grünen und SPÖ beschlossen. Eine Mehrheit darüber hinaus gab es nicht: FPÖ, TURSKY, KPÖ und Liste Fritz stimmten gegen den Vorschlag, der operativ 552,9 Mio. Euro an Einnahmen und 564,3 Mio. Euro an Ausgaben vorsieht, ALi enthielt sich. Bei den Gebühren stimmte die Opposition geschlossen dagegen.

„Stabilität im Sozialgefüge“

In der harten viereinhalbstündigen Debatte zeichneten Stadtregierung und Opposition erwartungsgemäß ein konträres Bild: Mit dem Budget sichere man die „Stabilität im Sozialgefüge und im Ehrenamt“, investiere gezielt in Kinderbetreuung und Sicherheit, Stadtgestaltung sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität, betonte Anzengruber. Dass die Stadt dafür Schulden von bis zu 58 Mio. Euro aufnimmt, verteidigte er erneut.

Der Stadtchef verwies einmal mehr auf die schwierigen Rahmenbedingungen mit einbrechenden Bundes-Ertragsanteilen und immer höheren Transferzahlungen ans Land. Trotz des negativen Saldo von 11,4 Mio. Euro sei die Liquidität aber jederzeit sichergestellt. Auch Vize-BM Georg Willi (Grüne) hob die „Zuverlässigkeit“ in stürmischen Zeiten hervor, etwa in Form neuer Dreijahresverträge für Sozialorganisationen oder nicht gekürzter Vereinssubventionen.



Halb voll oder halb leer? Die Einschätzung der finanziellen Aussichten und budgetären Schwerpunkte ging zwischen der Stadtregierung – r.o. BM Johannes Anzengruber (JA) – und der Opposition – v.l. Markus Stoll (TURSKY) und Tom Mayer (Liste Fritz) – denkbar weit auseinander. Fotos: Rita Falk/TT

„Wir können den Wind nicht beeinflussen“, meinte Vize-BM Elisabeth Mayr (SPÖ) mit Blick auf die wirtschaftliche Großwetterlage, „aber wir können die Segel richtig setzen.“ Mit dem Budget investiere man „genau in die richtigen Felder“: Bildung (u. a. Campus Arzl), Wohnen, Qualität und Klimafitness im öffentlichen Raum (Bozner Platz, Lugger-Platz) sowie Beschäftigung, um so auch die Einnahmen zu steigern.

Ganz anders die Opposition: Markus Stoll (TURSKY) sieht das „Schiff Stadt Innsbruck“ auf „Kurs Richtung Illiquidität“. Dass man sich mit so genannten Kassen-

stärkern behelfen müsse, bedeute einfach, „dass die Stadt ihr Konto überzieht und Schulden macht“.

Stoll hinterfragt auch die „riesigen Dividendenaus-schüttungen“ der städtischen Beteiligungen (vor allem IKB und IIG) – im Budget mit insgesamt 20,8 Mio. Euro bemessen. Letztlich werde hier Geld aus budgetkosmetischen Gründen „im Kreis geschickt“, so Stoll, der „Taschenspielertricks“ ortet. Er kritisierte zudem „durch die Decke gehende Personalkosten“ (185 Mio. Euro), „Auf- und Ausbau der Bürokratie“ und fehlende Einbindung der Opposition.

Markus Lassenberger (FPÖ) bezeichnete die Regierungsvertreter als „Schuldenkaiser“, die Verbindlichkeiten sollen bis Ende 2025 ja auf 223



Mio. Euro steigen. Statt „politischer Denkmäler“ wie dem Bozner Platz brauche es ein Umdenken: „Was können wir uns leisten, was nicht?“

Rund 9 Mio. Euro für den Bozner Platz hinterfragten auch Pia Tomedi (KPÖ) und Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz). Tomedi mahnte, dass man auch in Zeiten knapper Kassen „nicht auf die vergessenen darf, die keine Lobby haben“. Die Gebührenerhöhungen trafen Ärmere besonders hart. „Zuerst das Notwendige, dann das Nützliche, zuletzt der Luxus“, meinte Haselwanter-Schneider zu den Prioritäten. Mesut Onay (ALi) stieß sich u. a. an der erhöhten Parteienförderung und fehlenden Mitteln für Kultur-einrichtungen wie Junge Talstation und BALE. (md)

Die Innsbrucker Budgetdebatte können Sie hier im Detail nachlesen.



www.tt.com

Kultur braucht Raum: Junge Talstation kämpft ums Überleben

Bei einer Kundgebung forderte der Kulturverein „Junge Talstation“ von der Politik die Einhaltung von Versprechen ein.

Innsbruck – „Uns reicht es jetzt, wir wollen zeigen, dass wir sauer sind“, findet Thomas Krug, Geschäftsführer des Kulturvereins „Junge Talstation“, klare Worte zur Diskussion um den Ankauf und die Sanierung der ehemaligen Talstation der Hungerburgbahn. Bei einer Kundgebung vor dem Gebäude am Innsbrucker Rennweg machten am Samstag diverse Vertreter aus dem Kulturbereich ihrem Ärger über den Umgang mit



Bei der Kundgebung ergriffen zahlreiche Kulturschaffende aus der Stadt das Wort.

Foto: Perktold

„Das Gebäude hat einen emotionalen Wert. Es kann nicht sein, dass man unser Vertrauen so missbraucht.“

Thomas Krug
(„Junge Talstation“)

junger Kultur Luft. Wie berichtet, hatte BM Johannes Anzengruber dem Unterfangen erst kürzlich eine Absage erteilt, weil sich die Stadt auf kein „unkalkulierbares Kostenabenteuer“ einlassen könne.

Der Verein „Junge Talstation“ sieht darin einen Vertragsbruch, immerhin liege ein Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2021 vor, es habe mehrere mündliche Zusagen gegeben und das Projekt sei im Zukunftsvertrag geregelt,

erinnerte Krug an Abmachungen aus der Vergangenheit. Auch die Kosten seien immer bekannt gewesen. Seit die Nutzungsgenehmigung 2022 auslief, darf das Gebäude nicht mehr bespielt werden. „In den letzten zehn Jahren

wurden bereits 250.000 Euro investiert, die wohl über 10.000 ehrenamtlichen Stunden von uns noch nicht einmal eingerechnet“, erklärt der Vereinsobmann weiter.

Da sei es ganz klar, dass kein Alternativstandort,

wie Anzengruber vorgeschlagen hatte, in Frage kommt. „Das Gebäude hat auch einen emotionalen Wert für uns. Es kann auch nicht sein, dass man unser Vertrauen so missbraucht.“ Die Vereinsmitglieder fragen sich auch, was mit dem Gebäude sonst geschehen soll. Die Sanierungskosten werden mit 1,3 Millionen Euro kolportiert, der Ankauf würde 500.000 Euro kosten.

Am Donnerstag waren die Oppositionslisten ALI, Liste Fritz und „Das Neue Innsbruck“ mit einem Antrag auf Dringlichkeit zum Ankauf und der Sanierung der Talstation abgeblitzt. Deshalb wird das Thema erst im Jänner abgestimmt. GR Mesut Onay wäre enttäuscht, wenn es den Raum für die Jugend nicht mehr gäbe. „Wir kämpfen darum, in die Jugend zu investieren, damit sie lernt, Veranstaltungen zu planen, sich zu vernetzen, und genau solche Sachen macht wie hier. Und nicht, dass sie sich zurückzieht.“ Die Opposition will weiter hartnäckig bleiben, verspricht Onay: „Wir werden im Jänner darüber reden und einfordern, dass die Versprechen eingehalten werden.“ (rena)



GEORG HERRMANN

Chefredakteur MeinBezirk Tirol



0:05 / 28:33



„Bäderpaket hilft bei

Neubau nicht weiter“

Das Land Tirol stellt – wie berichtet – im neuen Bädertopf Zuschüsse von 45 Prozent des Baupreises für Neubauten von Schwimmbädern bereit. Für die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden ist dies aber leider zu wenig.

Nach größeren Investitionen sind wir auf Hilfe der umliegenden Gemeinden angewiesen. Diese stellen sich derzeit aber quer.

Stefan Weirather, Bürgermeister von Imst



Foto: Cheryl Jar, Die Energiebox

Für die Gemeinde selbst ist ein Schwimmbad kein Geschäft. Axams hat sich allerdings als Standort für ein Hallenbad etabliert.

Thomas Sultner, Bürgermeister Axams



Foto: Gemeinde Axams

Mit diesen Konditionen wird es unmöglich sein, ein neues Regionalbad im Unterland zu errichten. Die Region verpasst eine Riesenchance.

Michael Riedhart, Bürgermeister von Wörgl



Foto: Hubert Berger

Das Bäderpaket des Landes Tirol soll die Bäder in eine stabile Zukunft führen. So auch in Axams, Wörgl und Imst. Dort sind Schwimmbad-Neubauten angedacht. Die Bürgermeister der jeweiligen Ortschaften sind sich aber einig: Die angekündigte Förderung ist zu wenig.

Das Bäderpaket sieht bei einem Neubau einen Landes-Zuschuss von 45 Prozent der Kosten für den Bau vor. Diese Summe mag zwar auf dem Papier ordentlich wirken, stellt die Gemeinden aber dennoch

vor Herausforderungen. Denn für die Neuerrichtung des Hallenbades in Axams werden rund 30 Mio. Euro benötigt. Der Bädertopf würde bei diesem Vorhaben 13 Mio. Euro übernehmen. Laut Bürgermeister Thomas Sultner benötige es aber eine Förderung von mindestens 20 Millionen, um den Neubau zu ermöglichen.

Ähnlich ist die Situation im Unterland: Wörgl hat bereits mehrere Varianten für ein neues Regionalbad dem Land vorgelegt. Um dieses zu bauen, benötigt es

eine Kostenübernahme von rund 70 %. Der Wörgler Bürgermeister Michael Riedhart spricht von „Gießkannenförderungen“: Das Geld werde quer über das Land verteilt, „für größere Investitionen bleibe nichts übrig“.

Laufender Betrieb nicht zwingend gesichert

Auch in Imst steht man dem Bau eines Hallenbades offen gegenüber. Bereits im Jahr 2015 versuchte die Stadtgemeinde ein solches zu errichten. Nun scheidet das Vorhaben abermals an den umliegenden Gemeinden. Imst



Foto: freizeitbäder Tirol, Teller Bad

Mit dem Bäderpaket des Landes soll der Schwimmspaß in den Gemeinden weitergehen

ist nach größeren Investitionen wie jener in den Neubau der Bergbahn auf Unterstützung der Nachbarorte angewiesen. „Diese sind aber nicht bereit, in ein Schwimmbad dauerhaft zu investieren“, heißt es vonseiten des Imster Bürgermeisters Stefan Weirather (VP).

Wenn das Schwimmbad erst einmal steht, muss auch der laufende Betrieb finanziert werden. Der Bäderfonds sieht hier rund 250.000 Euro Förderung für jedes der 25 Tiroler Hallenbäder pro Jahr vor. Das Axamer Schwimmbad würde aber beispielsweise bis zu

400.000 Euro im Jahr benötigen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Den Rest müsse die Gemeinde tragen. „Die Betreiber sind jedenfalls froh über die Basisbeträge zur Finanzierung“, betont WK-Bädersprecher Ulrich Mayerhofer. **Lorenz Kanzian**

Seit mehr als zehn Jahren wurden Pläne für einen Neubau der unternehmerischen Hochschule MCI in Innsbruck gewälzt. Millionen sind bereits in die Vorbereitungen geflossen und konkrete Bauprojekte lagen fertig auf dem Tisch.

Doch nun hat LH Anton Mattle (ÖVP) – wie berichtet – aufgrund der Kostenexplosion die Reißleine gezogen. Kein Neubau, sondern eine Sanierung soll es werden. Dafür finden die Oppositionsparteien teils scharfe Worte. „Außer Spesen nix gewesen“, konstatiert FPÖ-LA Evelyn Achthorner. Der Stopp für das „Planungsdesaster“ sei zwar überfällig gewesen, der finanzielle Schaden für den Steuerzahler sei aber hoch. Ähnlich

Viel Kritik nach der Absage für den MCI-Neubau in Innsbruck

ÖH schäumt, Opposition spricht von Armutszeugnis nach endloser Planung. BM Anzengruber: „Schade, aber endlich Entscheidung.“

sieht es Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint. Er spricht von einem „wirtschaftlichen und politischen Armutszeugnis der schwarz-roten Landesregierung“. Übrig bleibe ein „millionenteurer Scherbenhaufen“.

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) am MCI zeigte sich „schockiert über die katastrophale Fehlentscheidung der Landesregierung“. Ein Bekenntnis

zum Standort sei „zwar schön und gut, bringt uns Studierenden aber genau gar nichts“, verweist Vorsitzender Julian Pfurtscheller auf eklatante Raumnot. Die Grünen sehen einen „schweren Rückschlag für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Tirol“.

Auch der Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) bedauert die Absage. Es sei schade um

den Standort, den die Stadt dem Land für das MCI zur Verfügung gestellt hätte und jahrelang vorbehalten habe. Der Neubau hätte direkt neben dem Hofgarten errichtet werden sollen. Dieses sogenannte Fennerareal bleibe nun, wie es ist, erklärte Anzengruber. Jedoch zeigt er sich erleichtert, dass eine Entscheidung gefallen und der MCI-Standort dennoch gesichert sei. c.t.



Foto: Christof Birbaumer

Jahrelang wurde über einen möglichen Neubau des Management Centers Innsbruck diskutiert, Millionen Euro an Steuergeldern gingen für die ewige Planung drauf. Und das Ergebnis? LH Anton Mattle sprach ein Machtwort und zog die Reißleine.

Wildschönau wagt

Teures Radvergnügen: Liste Fritz kritisiert hohe Kosten & Planung, Bgm. Eder verteidigt dies als notwendige Investition.

CHRISTIANE NIMPF

WILDSCHÖNAU. In der Gemeinde Wildschönau sind die Bauarbeiten voll im Gange. Trotzdem sorgt der Geh- und Radweg zwischen den Ortsteilen Oberau und Mühlal schon seit seiner Planung für Aufsehen. Mit 900 Metern Länge und Kosten von mittlerweile rund 6 Millionen Euro schlägt das Projekt hohe Wellen. Ursprünglich waren 3,3 Millionen Euro veranschlagt, doch die geschätzten Baukosten haben sich fast verdoppelt. Die Liste Fritz zeigt sich alarmiert und fordert von der Landesregierung Antworten. „6 Millionen für 900 Meter, das sind 6.666 Euro für einen Laufmeter Radweg. Das ist

ein Wahnsinn, schier unglaublich, und das wollen wir als Kontrollpartei Liste Fritz hinterfragen“, kritisiert Klubobmann Markus Sint.

„Goldener“ Radweg mit Lücken
Nicht nur die Kosten, sondern auch die geplante Nutzung des Radwegs steht in der Kritik, denn Radfahrer sollen den Weg nur bergauf nutzen dürfen, während sie bergab weiterhin die Landesstraße befahren. „Ein Radweg, der nur aufwärts zu befahren ist, schaut nach einem Schildbürgerstreich aus. Noch dazu nach einem



Gabi Madersbacher, Markus Sint (v.l.) kritisieren vor allem Kosten. Foto: Fritz.de

sündteuren Schildbürgerstreich“, bemängeln Sint und Bezirkssprecherin Gabi Madersbacher. Die Kontrollpartei fordert eine transparente Kostenaufteilung zwischen Land und Gemeinde und stellt die Frage, ob ein derart teures Projekt in Zeiten knapper Budgets gerechtfertigt ist.

Hohe Kosten, aber viel Hilfe

Bürgermeister Hannes Eder gibt offen zu, dass die enormen Kostensteigerungen des Geh- und Radwegprojekts einen schweren Dämpfer darstellen. „Mit all den Erfahrungen aus den Detailplanungen zeigte dann schon das Leistungsverzeichnis für die Bauarbeiten, dass die Kosten höher als ursprünglich veranschlagt liegen werden“, beteuert der Bürgermeister. Die Gründe dafür liegen in vielen Detailpositionen, die bei den bisherigen Kostenschätzungen in diesem Ausmaß so nicht erwartet worden waren. Überdies er-

steilen Weg



Die Bauarbeiten für den Geh- und Radweg sind gestartet. In der Kritik stehen allerdings die Kosten: rund 6 Millionen Euro für 900 Meter Weg. Foto: Nimpf

schweren auch noch geologische Herausforderungen wie 1.800 m² Spritzbetonsicherung und der Austausch von 1.600 m³ Boden das Vorhaben. Trotz anfänglicher Zweifel wurde jedoch gemeinsam mit dem Land eine Finanzierungsstrategie erarbeitet, um das Projekt zu realisieren, erklärt der Bürgermeister. „Die Landesbaudirektion hat zugesagt, eine große Position zur Erneuerung der Steinmauer an der Landesstraße

komplett aus dem Landesstraßenbudget zu decken“, so Eder. Gleichzeitig übernehme das Land weiterhin 70 Prozent der Gesamtkosten, auch unter den neuen und teureren Bedingungen. Überdies hat der Tourismusverband Wildschönau seine Mitfinanzierung erhöht. Durch diese Maßnahmen konnte der Restbetrag von 1,6 Millionen Euro auf drei Jahre verteilt werden, „was in der Situation zumindest etwas hilft“, sagt Eder.

„Speck muss weg“: Wo im Land

Zu geringe Einnahmen,
zu hohe Ausgaben:

Die „Krone“ fragte nach,
wo das Landesbudget
„Speck“ angesetzt hat.

Sechs Milliarden Euro will die schwarz-rote Landesregierung nächstes Jahr ausgeben, einnehmen wird sie aber nur 5,7 Milliarden. Unter dem Strich ist eine Netto-Neuverschuldung von 147,6 Millionen Euro nötig. Der Schuldenstand steigt damit von 1,175 auf 1,323 Milliarden Euro, das sind 1704 Euro pro TirolerIn und Tiroler.

Das sei im österreichweiten Vergleich der Bundesländer wenig, heißt es im Büro von LH Anton Mattle. Dennoch: Für die Opposition im Landtag ist der Spargedanke noch viel zu kurz gekommen. Neos und Liste Fritz sehen Einsparpotenzial bei den 8,5 Mio. Euro an Zuwendungen für die Landwirtschaftskammer, weiters bei der Landeszeitung



Das Landesbudget wird im Landtag wahrscheinlich mit Regierungsmehrheit beschlossen

(800.000 Euro im Budget) und bei der Repräsentation (eine Million): „Generell muss der Förderdschungel ausgelichtet werden“, sagt Neos-LA Susanna Riedlsperger. „Mit 300 Millionen Euro ist

die Wirtschaftsförderung drastisch überhöht. Das sind 30 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.“ Hier brauche es einen Kahlschlag: „Ziel müsste sein, das Budget an den richtigen Stellen erheblich zu

kürzen, um notwendige Investitionen – zum Beispiel im Bildungs- oder Pflegebereich – zu ermöglichen, ohne den Schuldenstand weiter in eklatante Höhen zu treiben“, sagen die Neos.

gespart werden könnte

Wenn die Landesregierung inzwischen mehr Events ausrichtet als das Jahr Tage hat, schießt sie weiter über das Ziel hinaus.

LA Markus Sint
(Liste Fritz)



Foto: Christof Birkbauer

Die horrenden Rechts- und Beratungskosten für das MCI – obwohl noch immer nicht gebaut – können wir uns sparen.

Grünen-Chef
Gebi Mair



Foto: Christof Birkbauer

Es kann nicht sein, dass Wirtschaftsförderung nicht die Unternehmer entlastet, sondern die Probleme mit Geld überdeckt.

Neos-LA Susanna
Riedlsperger



Foto: Christof Birkbauer

Wir fordern Einsparungen im Flüchtlingswesen. Der Mattle-Bonus für abgelehnte Asylwerber regt mich auf.

Markus Abwerzger,
FPÖ-Landesobmann



Foto: Christof Birkbauer

ges Einsparungspotenzial bei der Lebensraum Tirol Holding: „Diese entwickelt sich immer mehr zu einem Buch mit sieben Siegeln. 27,9 Mio. Euro sind für die Holding vorgesehen. Der Landesrechnungshof hat aufgezeigt, wie hier Gelder an die Bauernzeitung des Tiroler Bauernbundes fließen. 5 Mio. Euro lassen sich deshalb sicher sofort einsparen, ohne Qualitätseinbußen zu erleiden.“ Die großen Sparpotenziale im Budget schauen hingegen noch sehr klein aus: „100 Euro sind für die Errichtung der Fernpass-Straßen GmbH vorgesehen. Schlussendlich soll das Tunnelprojekt dort aber 500 Millionen Euro kosten.“

Der FPÖ liegen die hohen Sozialausgaben – Tirol hat neben Wien die höchsten Tarife – schwer im Magen. Zudem fordert FP-Chef Markus Abwerzger eine Sonderdividende der Tiwag. LH Mattle betont, bereits im Vorjahr die Schuldenbremse gezogen zu haben. 2026 wolle er wieder ausgeglichen bilanzieren.

Philipp Neuner

„Wenn das Geld in den öffentlichen Kassen knapper wird, heißt es, nicht mit dem Rasenmäher über alles drüberzufahren, sondern gezielt und punktgenau einsparen“, sagt Sint. Er

würde auch bei der Privatuni Umit in Hall die Hälfte kürzen. „Hier überweist der Steuerzahler 6 Mio. Euro jährlich mit unklarem Nutzen.“ Grünen-Chef Gebi Mair erkennt ein gewalti-